

Pressemitteilung vom 15.12.2017

Russlandsanktionen verkommen zur Routine

Weltwirtschaftsinstitut Kiel ermittelt Milliardenverluste für deutsche Exporteure / Overbeck: „Am Ende hat der deutsche Mittelstand die meisten Nachteile!“ / Engpass Finanzierung

Hamburg, 15.12.2017

Nach der erneuten Verlängerung der Russlandsanktionen warnt der Deutsch-Russische Wirtschaftsbund mit deutlichen Worten vor einer Verstetigung des Verlängerungsprozesses. „Dass Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland nicht die gewünschte Wirkung erzielen, hätte jedem klar sein müssen, der die russische Mentalität einigermaßen kennt“, so Verbandspräsident Dr. Thomas Overbeck, „wenn wir so weitermachen wie bisher, hat der deutsche Mittelstand am Ende die meisten Nachteile!“

Weil in Brüssel andere Themen Vorrang haben, sei die Sanktionsverlängerung mittlerweile zum Routineakt bürokratischer Wiedervorlage mutiert. Eine Auseinandersetzung mit dem Umgang der Sanktionen und Möglichkeiten daraus Lösungen zu entwickeln finde nicht statt. „Deutsche Mittelständler baden seit Jahren eine politische Sackgasse aus, von der niemand weiß, wie man wieder rauskommt.“, so Overbeck weiter.

Aktuell hatte das Kieler Institut für Weltwirtschaft einen sanktionsbedingten Rückgang im Warenaustausch mit Russland von 114 Mrd. US-Dollar allein für 2014 und 2015 ermittelt. Hiervon trage Russland gut 60 Prozent, etwa 44 Mrd. Euro entfielen auf die insgesamt 37 sanktionierenden Länder, davon 90 Prozent auf die Europäische Union. Deutschland trage fast 40 Prozent des westlichen Verlustes (monatlich über 700 Mio. US-Dollar). Der Exportrückgang in den sanktionierenden Ländern treffe zu fast 90 Prozent auch Produkte, die nicht vom russischen Embargo betroffen waren. Der Grund für den Rückgang liege in verschlechterten Finanzierungsbedingungen. Overbeck: „Mittelständler brauchen verlässliche und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten im Russlandgeschäft – eines unserer wichtigsten Themen 2018.“

Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland wurden vom Europäischen Rat 2014 verhängt und sollen Russland zu einem veränderten Verhalten in der Ostukraine bewegen. Sie wurden gestern in Brüssel bis 31.07.2018 verlängert.

Kontakt:

Deutsch-Russischer Wirtschaftsbund e.V.
Weidenbaumsweg 13, 21029 Hamburg
Tel: 040 / 78 08 76 - 70
E-Mail: cherashneva@druw.de / www.druw.de